Platzabbeck

Nr. 4, 13. Mai 2017

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE, Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

AfD-Ratsherr wegen Volksverhetzung angezeigt

Der militärische Abschirmdienst (MAD) soll Rechtsextremisten in der Bundeswehr enttarnen. Anscheinend hat der MAD allerdings zumindest einen Angehörigen, der rechtsextreme Sprüche postet. Der MAD-Offizier und Kölner AfD-Ratsherr Hendrik Rottmann hatte im Januar eine Äußerung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Aydan Özoguz auf Twitter mit dem Spruch „Deutschland erwache!“ kommentiert. Dieser Spruch war die Losung der nationalsozialistischen SA. Seine Verwendung ist in Deutschland verboten.

Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kölner Stadtrat, hat zusammen mit dem Kölner Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald am 8.5.2017 Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Köln gestellt. Sie haben außerdem eine Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Bundesverteidigungsministerin von der Leyen eingereicht.

Wer ‘Deutschland erwache’ postet, darf keinen Platz in der Bundeswehr haben und erst recht nicht beim MAD! Der MAD soll Rechtsextremisten in der Bundeswehr aufspüren. MAD-Mitarbeiter, die die Losung der SA benutzen, werden ihre Gesinnungsgenossen nicht enttarnen. Es muss endlich Schluss sein mit der Kumpanei und der falschen Nachsicht von Staatsorganen mit rechtsextremistischem Gedankengut.

Der Tweet war von Rottmann am 29. Januar 2017 gepostet worden. Jörg Detjen machte diesen Vorgang bereits in einer Ratsrede am 14. Februar öffentlich: „Aber wie kann es sein, dass Herr Rottmann am 29. Januar 2017 einen Tweet sendete: „Deutschland erwache“? ... Meine Damen und Herren, das ist nicht irgendeine Entgleisung. Dieses Sturmlied steht deutlich unter Strafe.“ Diese Aussage blieb von der anwesenden AfD-Fraktion unwidersprochen. Anlass der Strafanzeige ist die Ankündigung von Verteidigungsministerin von der Leyen, die Kasernen nach Hinweisen auf rechtsextreme Traditionspflege untersuchen zu lassen.

Jörg Detjen

Eltern nicht im Stich lassen – Kitaplatzmangel beseitigen

Der Kita-Gipfel im Februar dieses Jahres erzielte aus Sicht der LINKEN eher enttäuschende Ergebnisse. Deswegen brachte die Fraktion einen Antrag im Jugendhilfeausschuss am 9. Mai ein, in dem DIE LINKE eigene Vorschläge macht. Damit sollen zügig mehr Plätze geschaffen werden, insbesondere in den Stadtteilen, in denen Mangel herrscht.

Viele Kölner Eltern sind verzweifelt, weil ihre Unter-3-Jährigen keine Chance auf einen Platz in einer Kindertagesstätte haben. Eltern müssen auf Tagespflege ausweichen oder zahlen, sofern sie es sich leisten können, teure Privat-Kitas. Andere nehmen weite Wege zur Kinderbetreuung in Kauf. Schon jetzt fehlen allerorts Plätze. Der Mangel an Plätzen wird mit den aktuellen Kita-Ausbauzielen der Stadt Köln bis 2025 und den auf dem Kitagipfel diskutierten neuen Strategien auf Dauer zementiert. Dabei wünschen sich nahezu alle berufstätigen Eltern eine gute, wohnortnahe Kitabetreuung.

Das Ausbauziel eines Betreuungsangebotes für 52 % der U3-Kinder basiert auf dem Ergebnis der Elternbefragung von 2014, wobei der tatsächliche Bedarf schon jetzt weit höher liegen dürfte und weiter zunehmen wird. Der starke Anstieg der Betreuungsbedarfszahlen ist zum einen dem Trend steigender Geburtenzahlen und zum anderen einem nicht unerheblichen Zuzug aus dem nicht deutschsprachigen Ausland →

Am 4. Mai besuchte die Parteivorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, Köln. Am Stand der LINKEN in der Schildergasse stellte sie sich den Fragen von Passanten. Vorher hatte sie sich mit der Fraktion über kommunalpolitische Initiativen in der Geflüchtetenpolitik beraten.

Resolution der Kölner Krankenhauskonferenz

Die Beschäftigten der Kölner Krankenhäuser arbeiten bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit und darüber hinaus. Sie machen ihre Arbeit professionell und wollen ihre Patientinnen und Patienten gut und würdevoll versorgen. Doch so viel sie auch aus sich herausholen, sie können individuell die strukturelle Personalnot nicht ausgleichen und werden durch die andauernde Überlastung selber krank.

Die bisherigen Maßnahmen der Politik waren immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein, zu wirklicher Entlastung für die Beschäftigten haben sie nicht geführt.

Die jetzt von der Expertenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“ vorgelegten kurzfristigen Maßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber bei weitem nicht ausreichend.

Der Auftrag an die Vertragsparteien (Deutsche Krankenhausgesellschaft und Krankenversicherungen) geeignete Personaluntergrenzen in pflegesensitiven Bereichen, unter Einbeziehung von Intensivstationen und der Besetzung im Nachtdienst, verbindlich festzulegen verkennt die Situation aller Beschäftigten im Krankenhaus. Personalnot herrscht in allen Bereichen (Reinigung, Küche, Wäscherei, Verwaltung, ...).

Eine wesentliche Ursache für die Personalnot ist, dass die öffentliche Hand seit vielen Jahren ihre gesetzliche Pflicht verletzt und für Krankenhäuser viel zu geringe Investitionskosten zahlt. Krankenhausträger zwacken deshalb für Neubauten, Renovierungen und Großgeräte Geld ab, welches die Krankenkassen für die Krankenversorgung im laufenden Betrieb überweisen. Geld, das für Personal gedacht ist, wird zweckentfremdet. Baustellen werden mit Personalstellen finanziert.

Uschi Röhrig, Vorsitzende des Fachbereichsvorstandes Gesundheit bei verdi und für DIE LINKE im Gesundheitsausschuss

Der fortdauernde Missbrauch von Krankenversichertenbeiträgen und der Raubbau an unserer Gesundheit muss ein Ende haben. Dazu ist eine gesetzliche Personalbemessung notwendig.

Von den Kandidierenden der Parteien für den Landtag NRW fordern wir, sich für eine kostendeckende Finanzierung der Krankenhausinvestitionen einzusetzen.

Von den Kandidierenden der Parteien für die Bundestagswahl fordern wir, sich für eine gesetzliche Personalbemessung einzusetzen, die verbindliche Mindestbesetzungsstandards festlegt und die Finanzierung sicherstellt.

Eine Koalitionsvereinbarung nach der Bundestagswahl 2017 ohne klare Vereinbarungen zu einer gesetzlichen Personalbemessung im Krankenhaus ist für uns nicht akzeptabel.

Fortsetzung von Seite 1: Eltern nicht im Stich lassen ...

zu verdanken. Der Kitabesuch ist dabei die beste Voraussetzung für einen gelungenen Erwerb der deutschen Sprache. Er wird von den Eltern der Kinder stark nachgefragt und ist auch wünschenswert im Sinne einer bestmöglichen Integration der neuen Kölnerinnen und Kölner. Darüber hinaus zieht das wachsende Angebot an Betreuungsplätzen auch eine wachsende Nachfrage nach sich; eine Entwicklung, die auch bei der Offenen Ganztagsgrundschule zu beobachten ist. Deswegen scheint 2025 auch ein Bedarf von 60 % und mehr nicht utopisch.

Mit dem Neubau von Kindertagesstätten kommt die Stadt auch deshalb nicht in erforderlichem Tempo nach, weil sie allein auf private Investoren setzt, die eigene Grundstücke mitbringen sollen. Wir müssen daher auch neue und unkonventionelle Instrumente für die Flächensuche zum Kitabau prüfen. Warum sollen wir nicht auch Instrumente nutzen, die gerade für den Wohnungsbau eingeführt werden? So soll die Stadt beispielsweise Kitagrundstücke mit dem kommunalen Vorkaufsrecht suchen und erwerben.

Die Wiedereinführung dieses Rechtes ist beschlossen, der Stadtentwicklungsausschuss wird im Mai die dazu nötigen Stellen beschließen. Dieses Recht ermöglicht der Stadt, bei einem notariell beglaubigten Grundstücksverkauf als Käufer zu denselben Konditionen in das Geschäft einzusteigen. Die Stadt soll überall dort Grundstücke aufkaufen, wo es zu wenig Kitas gibt. Dann kann sie sie selbst bebauen, oder das Grundstück zu diesem Zweck in Erbpacht vergeben.

Ein weiteres mögliches Instrument ist ein Grundstücksscout. Er kann in den unterversorgten Stadtteilen vor Ort unbebaute oder minderbebaute Grundstücke identifizieren, die Besitzverhältnisse klären und gegebenenfalls einen Ankauf vorbereiten.

Im Wohnungsbau hat die Stadt seit Jahren erfolgreich ein Baulückenprogramm aufgelegt. Auch hier wurden Eigentümer oftmals erfolgreich aufgefordert, das Grundstück dem Wohnungsbau zuzuführen. Gerade in den dicht bebauten Innenstadtvierteln, in denen kein neues Bauland erschlossen werden kann, ist das oft die einzige Möglichkeit für eine neue Kita.

Letztendlich muss die Verwaltung diese Instrumente anwenden und für den Kitabau anpassen. Deswegen ist unser Antrag ein Prüfantrag. Wir bestehen aber darauf, dass die Verwaltung diese Instrumente prüft. Wenn sie sie für ungeeignet hält, muss sie das dem Jugendhilfeausschuss sehr genau begründen.

Dr. Carolin Butterwegge

Aus den Bezirken

Ehrenfeld

Bescheidenes Gedenken an getötete Zwangsarbeiter/innen

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE beschloss die Bezirksvertretung Ehrenfeld mit einem gemeinsamen Antrag, dass im Herbst 2017 Stolpersteine für sechs ehemalige Zwangsarbeiter/innen verlegt werden.

Auch in Ehrenfeld mussten zwischen 1939 und 1945 viele Zwangsarbeiter/innen, die aus den besetzten Gebieten verschleppt worden waren, unter zumeist unmenschlichen Bedingungen in Industrie, Gewerbe, Bergbau, Landwirtschaft, bei staatlichen Betrieben aber auch in Privathaushalten Zwangsarbeit verrichten. Auch in Ehrenfeld starben viele Zwangsarbeiter/innen an unmenschlichen Arbeitsbedingungen, katastrophaler Unterbringung, unzureichender Ernährung, mangelnder medizinischen Versorgung und unzureichenden hygienischen Bedingungen.

Sechs von ihnen werden einen bescheidenen Ort des Erinnerns und Gedenkens erhalten, indem Stolpersteine dort verlegt werden, wo sie lebten, arbeiteten oder interniert waren. Der genaue Termin steht noch nicht fest.

Christoph Besser

Innenstadt

Zwangsarbeiter dankt seinen Rettern

Gut 50 Gäste und strahlender Sonnenschein bildeten einen würdigen Rahmen, als Gerard van der Lee und seine Familie am 8. April 2017 das Bürgerhaus Stollwerck besuchten. Der 1927 geborene Niederländer war angereist, um am Eingang des Bürgerhauses eine Tafel zum Dank für seine Rettung vor der Gestapo zu enthüllen. Van der Lee war als Jugendlicher während des Zweiten Weltkriegs in seiner Heimatstadt Rotterdam verhaftet und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden. Nach der letzten Bombardierung Kölns am 2. März 1945 konnte er aus dem Arbeitslager fliehen, das sich auf dem Gelände des heutigen Bürgerhauses befand. Bis zur Befreiung der Stadt durch die Amerikaner wenige Tage später, fanden er und zwei Landsleute Unterschlupf bei Bewohner/innen des Severinsviertels, was ihnen vermutlich das Leben rettete.

Dass daran nun eine zweisprachige Gedenktafel am Stollwerck-Gebäude erinnert, wurde durch einen Antrag des NS-Dokumentationszentrums ermöglicht, den die Bezirksvertretung Innenstadt im März 2017 einstimmig beschlossen hat. Der Vorsitzende des NS-Dok, Dr. Werner Jung, wohnten der Zeremonie ebenso bei wie der stellvertretende Bezirksbürgermeister Tim Cremer und der Leiter der Projektgruppe Messelager, Georg Wehner, der die Veranstaltung moderierte. Die Projektgruppe hat in Zusammenarbeit mit dem EL-DE-Haus seit 1989 über 500 ehemalige Zwangsarbeiter nach Köln einladen können, aber die persönliche Tafelenthüllung durch Herrn van der Lee - Opfer und Stifter zugleich - wird wohl einmalig bleiben. Dieser beschrieb in seiner Danksagung noch einmal eindringlich die Schrecken der letzten Kriegstage, bewegte aber auch mit seinem Appell zu Versöhnung und Völkerfreundschaft. Abschließend wandte er sich speziell an die Jugend und ermahnte dazu, Menschen in Not zu helfen.

Michael Scheffer

Rodenkirchen

Keine Ein-Euro-Jobber an Schulen!

In der vorletzten Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen gab es eine eigentlich gute und wichtige Beschlussvorlage mit dem Titel „Gute Schule 2020 – Umsetzung des Förderprogramms des Landes NRW". Dennoch gab es Anlass diese Vorlage zu kritisieren, da die Kölner Verwaltung augenscheinlich widerrechtlich für einige Arbeiten sog. „Kräfte des zweiten Arbeitsmarktes" einsetzen will.

Ein Antrag von mir, wie ich bereits berichtet habe, wurde in einen „Prüfantrag" umgewandelt. Meine Intention war, dass für die Arbeiten ausschließlich sozialversicherungspflichtige Kräfte eingesetzt werden sollen. Die Verwaltung hat sich noch nicht zu diesem Antrag geäußert, aber sie hat eine Stellungnahme, Anlage 15, zu einer Sitzung des „Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen" abgegeben und spielt die Angelegenheit herunter, in dem sie von einem „Missverständnis" spricht: „Um mögliche Missverständnisse zu vermeiden, teilt die Verwaltung zur Klarstellung ergänzend mit: Die Maßnahmen 'Gute Schule' werden im Rahmen des seit 1983 bestehenden Stadtverschönerungsprogramms durchgeführt. Dieses arbeitet in Kooperation mit dem Jobcenter Köln mit den jeweils zur Verfügung stehenden Förderinstrumenten zur Arbeitsförderung im SGB II und SGB III. Zielsetzung dabei ist immer die Hinführung auf den ersten Arbeitsmarkt mit Maßnahmen der Qualifizierung und Beschäftigung. Das Landesprogramm 'Gute Schule' bietet der Stadt Köln die Möglichkeit, auch im Hinblick auf das einzuführende Kommunale Beschäftigungsförderungsprogramm (Ratsauftrag vom 17.11.2016), eigene Bemühungen zur Integration von Langzeitarbeitslosen zu verstärken. Stabilisierende Beschäftigung unter arbeitsmarktähnlichen, aber 'geschützten' Bedingungen ist dabei ein wichtiger Faktor.

Im Rahmen der einzelnen kleinen Projekte in den Schulen werden Teilnehmende aus verschiedenen Beschäftigungsförderprogrammen des Bundes, des Landes und der EU zum Einsatz kommen. Dabei werden alle gängigen Antragsverfahren im Jobcenter Köln unter Einbindung der zuständigen Gremien beachtet. Bei den auszuführenden Arbeiten handelt es sich um zusätzliche Maßnahmen, die ohne das Landesprogramm nicht durchgeführt werden würden."

Und hier irrt die Verwaltung. Nicht nur, dass sie gegen die Wettbewerbsneutralität nach §16d, SGB II, verstößt, sondern insbesondere auch, dass diese „Maßnahmen" eben nicht zusätzlich sind. §79 des SchulG NRW sagt eindeutig aus, dass die betreffenden Arbeiten Aufgaben der Kommune sind. Darin heißt es: „Die Schulträger sind verpflichtet, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel bereitzustellen und zu unterhalten sowie das für die Schulverwaltung notwendige Personal und eine am allgemeinen Stand der Technik und Informationstechnologie orientierte Sachausstattung zur Verfügung zu stellen." Ist die Kommune also nicht willens oder in der Lage diese Aufgaben zu erfüllen, werden die Arbeiten dadurch nicht automatisch zusätzlich.

Zwischenzeitlich hat auch die Handwerkskammer zu Köln die Beschlussvorlage der Verwaltung als „ungeeignet und mittelstandsfeindlich" bezeichnet. In einer Presseerklärung vom 22. März lehnt die Kammer diese Beschlussvorlage ab und kritisiert die massive Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Situation der auf städtische Aufträge angewiesenen Handwerksunternehmen. Hierbei nennt sie zwar nur die Beauftragung der Totalunternehmer, aber der Einsatz von „1-Euro-Jobbern" beeinträchtigt die wirtschaftliche Situation ebenso.

Berthold Bronisz

Aus den Ausschüssen

Umwelt und Grün

Eintritt in Schaugewächshäuser bleibt kostenfrei

Bereits 2015 hatte DIE LINKE einen Antrag in den Rat eingebracht, auf die Errichtung und Unterhaltung der Zutrittskontrollanlage zu verzichten und den Besuch der Schaugewächshäuser im Botanischen Garten weiterhin kostenlos zu ermöglichen.

Zwei Jahre später beantragten CDU und Grüne nun genau das gleiche. Sie verwiesen sogar auf die durch DIE LINKE vorgebrachte und von Amtsleiter Herr Kaune sowie vom Leiter der Sondergärten Herrn Dr. Anhalt geteilte Auffassung, dass der Botanische Garten und die zugehörigen Schaugewächshäuser eine herausragende Bildungsaufgabe erfüllen.

Durch Erhebung eines Eintrittsgeldes hält man Menschen von einem und erst recht mehrfachen Besuchen ab. Das trifft insbesondere diejenigen, die in Ausbildung sind - und teilweise auch aus diesem Grund - in den Botanischen Garten gehen sollten oder müssten. Ebenso blieben Menschen, die finanziell knapper gestellt oder arm sind, vor der Glastür.

Wer hier nur von einem „moderaten Eintrittspreis“ spricht, verkennt, dass im Regelsatz für SGB II monatlich höchstens 1,55 für Bildung insgesamt vorgesehen sind.

Gisela Stahlhofen

Schule und Weiterbildung

Schulmisere auch in Lindenthal?

Fragen der Bildungspolitik und der Beschaffenheit des Schulwesens spielen im aktuellen Landtagswahlkampf eine ungewöhnlich herausragende Rolle. Kurios ist dabei, dass die heftigsten Angriffe von CDU und FDP auf Schulmissstände gerichtet sind, die zu großen Teilen aus ihren eigenen früheren Regierungen resultieren.

Vorhersehbare Erkenntnisse

In der Stadt Köln herrscht dagegen eher Einigkeit über die wesentlichen Ursachen der jetzt immer massiver zu Tage tretenden Defizite des Schulwesens, vor allem: chronische Unterfinanzierung auf allen betroffenen Ebenen, jahrzehntelange Ignoranz gegenüber Weiterentwicklungs- und Unterhaltungsaufgaben und der weitgehende Kollaps der städtischen Gebäudewirtschaft.

Plötzlich aber sind über die fast schon gewohnten erlebbaren Missstände, also vor allem über Raumenge, Ausstattungsmängel bis zu Ekeltoiletten hinaus an anderer Stelle spürbare Defizite zu Tage getreten: Akute Raumnot in Kölner Gymnasien sorgt dafür, dass mehr als 140 SchülerInnen zum 2017/18er Eintritt voraussichtlich weder in den als ersten- noch in den als zweite gewünschten Schulen Plätze in der Nähe geboten werden. Wurden bislang in den Kölner Gymnasien traditionell alle angemeldeten Schulwünsche erfüllt, müssen in diesem Jahr wohl die betroffenen Schüler/innen allmorgendlich Reisen in entferntere Stadtteile antreten. Und diese Schulraumnot wird in den nächsten Jahren bei viel zu wenigen und extrem langwierigen Schulbauaktivitäten noch zunehmen.

100 müssen täglich reisen

Alleine im renommierten Lindenthal gilt das diesmal für über 100 Schüler/innen. Nun handelt es sich bei deren Eltern um eine einflussreiche Klientel, die ihre Interessen zu vertreten weiß. Neben vielfältigen Protesten wurden über die Elternpflegschaft schließlich Protestdemonstrationen zum Schulausschuss durchgeführt. Gleich drei Elternvertreter ließ man dort zu Wort kommen. Die Schuldezernentin informierte ausführlichst über die Nöte sowie die Aktivitäten und Pläne des Schulentwicklungsamts. Und der Ausschuss beklagte in einer ausgiebigen Diskussion einhellig die Probleme.

Zwar wurden dort noch keine direkten Hilfen für die betroffenen Schüler/innen vorgestellt. Beschlossen wurde aber der „zeitnahe Start“ des neuen Gymnasiums Zusestraße, zunächst als Interim untergebracht. Dabei geht es um Räume in der auslaufenden Internationalen Friedensschule Widdersdorf. Zu einem enorm hohen Preis und bei recht investorenfreundlichen Bedingungen wurde jetzt der Kauf dieses Schulgebäudes durch die Stadt beschlossen.

Beste Bildung und Erziehung für alle!

Bekanntermaßen tritt DIE LINKE konsequent für beste Bildung und Erziehung für alle Kinder und Jugendlichen ein. Und das gilt natürlich grundsätzlich auch für die Schüler/innen renommierter Stadtteile, hier also Lindenthal. Es soll aber eben für alle Kinder und Jugendlichen gelten. Das allerdings ist schon durch die Existenz des selektiven mehrgliedrigen Schulsystems ausgeschlossen. Köln aber leistet sich darüber hinaus noch den besonders skandalösen Missstand des schon seit Jahren bestehenden Fehlens von mindestens 7 Gesamtschulen. Damit werden hier Jahr für Jahr über 700 Kölner Kinder in ungewollte Schulen gezwungen, in denen sie größtenteils unter benachteiligenden Bedingungen lernen müssen und zu einem hohen Prozentsatz scheitern. Liebend gerne würden diese Kinder täglich quer durch Köln fahren, wenn ihnen denn die gewünschten Gesamtschulen, also die Schulen mit den für sie besten Lern- und Entwicklungsbedingungen zur Verfügung gestellt würden.

Oswald Pannes

Foto: Manfred Jahreis / pixelio.de

Soziales und Senioren

Unabhängig von ALG II und Sozialgeld

Mit der Wohngeldreform vom 1.1.2016 wurden nicht nur die Einkommensgrenzen angehoben, auch der Mietzuschuss wurde erhöht. Mit dieser Forderung hatte sich der Kölner Rat schon im Februar 2015 mittels einer Resolution an den Bund gewandt. Durch den höheren Mietzuschuss konnten einige Haushalte auf aufstockendes Arbeitslosengeld II verzichten und fallen somit aus Hartz IV.

Genaue Daten, aus welchem Grund die Bedarfsgemeinschaften aus dem ALG II Bezug ausscheiden, erhebt das Jobcenter nicht. Die Verwaltung schätzt, dass im Jahr

2016 160-450 Haushalte aus Hartz IV ausschieden. Hier muss die Stadt keine Kosten der Unterkunft mehr tragen.

Die lange von der Bundesregierung herausgezögerte Wohngeldreform greift endlich. Mehr Menschen erhalten zwar über das Wohngeld einen Mietzuschuss vom Bund, sind aber nicht mehr vom Jobcenter oder vom Sozialamt abhängig. Ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen prekäre Lebensbedingungen und den damit verbundenen Druck der Ämter!

Ein weiterer positiver Nebeneffekt ist die Entlastung des kommunalen Haushalts. Sie tritt ein, weil Wohngeldempfänger jetzt einen größeren Betrag aus dem bundesfinanzierten Wohngeld bekommen, und damit der Einkommensanteil aus den Leistungen zur Grundsicherung bei Erwerbsminderung oder im Alter sinkt. Die beiden letzteren werden aus dem kommunalen Haushalt bezahlt.

In dieser Gruppe sind 230 Menschen betroffen, die daheim leben. Hier erhöht sich der Anteil des Bundes auf 174.000 Euro jährlich. Bei Menschen, die im Heim leben, spart die Stadt Köln sogar 1.080.000 Euro jährlich. Das sind 1,25 Mio. Euro im Jahr sowie weitere, nur zu schätzende und nicht näher bezifferte Einsparungen.

Kein Leistungsempfänger hat jetzt weniger als vorher. Die Kosten werden lediglich zu einem größeren Teil vom Bund statt der Stadt Köln gezahlt. So hat Köln mehr Geld zur Verfügung, um die Folgen von Armut zu bekämpfen, z. B. mit dem Kölnpass.

Jörg Detjen

Jugendhilfe

Partizipation - Anspruch und Wirklichkeit

Die Verwaltung stellte im letzten Jugendhilfeausschuss ein Konzept zur politischen Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Familien vor. Das Konzept soll dabei ausdrücklich weiter entwickelt werden, wozu die Parteien im Jugendhilfeausschuss aufgerufen sind. Hierbei sind u.a. auch neue wirksame Strategien zur Partizipation in Schulen, Kindergärten und Jugendzentren gefragt. Einige Vorschläge wurden dazu bereits im Ausschuss diskutiert und in den Maßnahmenkatalog mitaufgenommen.

Eine geplante stadtweite Umfrage der Verwaltung über die vorhandenen Strukturen und das Internet werden von der LINKEN dabei kritisch gesehen. Die Erfahrung zeigt, dass diese nicht repräsentativ sind. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus wirtschaftlich benachteiligten oder bildungsfernen Elternhäusern sind damit nur schwer zu erreichen. Die Jugendlichen und Kinder aus sozialen Brennräumen, die mitmachen, fallen dabei kaum ins Gewicht. Die Gründe dafür sind u.a. Sprachbarrieren, mangelnder Zugang zum Internet, erzieherische Defizite oder anerzogene Ängste der Familien, sich als Hartz IV Empfänger oder Zuwanderer mit amtlichen Umfragen zu beschäftigen.

Diese Umfrage kann in ihrer Gewichtung deshalb nur als ein Baustein von vielen bei der Auswertung der Interessen von Kindern und Jugendlichen gewertet werden, und darf nicht handlungsleitend medial in den Mittelpunkt geraten. Ein wichtiges Anliegen der LINKEN ist es stattdessen, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen als dauerhafter Prozess nachhaltig in ihrem direktem Lebensumfeld und den tatsächlich genutzten Strukturen greift.

Den Jugendzentren und Kindergärten fällt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Hier müssen partizipatorische Ansätze in die alltägliche Arbeit innerhalb der Strukturen als feste Pflichtaufgabe mit einfließen. D.h. es muss in festen Intervallen mehrmals im Jahr mit den Kindern, Jugendlichen und Eltern über ihre Wünsche und Forderungen zur Verbesserung ihres Wohnumfeldes und den Angeboten in den Einrichtungen diskutiert werden, und das Ganze muss in einem Berichtswesen dokumentiert werden. Darauf aufbauend soll am Ende eines Jahres die Ergebnisse nach ihrer tatsächlichen Umsetzung evaluiert werden, um den Grad des partizipatorischen Anteils der Kinder und Jugendlichen messbar zu machen.

Es sollen auch solche Anliegen in die Diskussionsforen aufgenommen und dokumentiert werden, die nicht nur die Einrichtungen, ihre Angebote, Strukturen und Öffnungszeiten selbst betreffen, sondern auch das direkte Wohnumfeld in den Veedeln. So werden z.B. auch Forderungen nach Spielplätzen, einer besseren Verkehrsanbindung, nach kulturellen Angeboten oder der Umfeldgestaltung im öffentlichen Raum sichtbar. Die Ergebnisse aus den Einrichtungen sollten dann einmal im Jahr an die Verwaltung übermittelt, dort gesichtet und an die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden.

DIE LINKE sieht in einer verpflichtenden nachhaltigen Partizipationsarbeit als Qualitätsstandard in den Einrichtungen einen wichtigen Baustein für eine wirklich erfolgreiche Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und Eltern in ihrem direkten Lebensumfeld, sowie einer praxis- und bedarfsorientierten ständigen Weiterentwicklung der Kinder und Jugendarbeit selbst.

Ein weiterer Baustein in der Partizipation wäre es, ein regelmäßiges Forum für Beiträge von Kindern und Jugendlichen in den Kölner Printmedien und Bürgerfunk-Radiowerkstätten zu schaffen. So könnten sie ihre Wünsche und Forderungen ungefiltert von Verwaltung, Politik und ihren Zuarbeitern artikulieren und ihr Lebensumfeld und ihre Lebenswirklichkeit beschreiben, um auf Defizite öffentlich aufmerksam zu machen. Zu diesen Punkten wird DIE LINKE nun noch einem schriftlichen Antrag an die Verwaltung senden, die um Vorschläge gebeten hat, damit diese genannten Strategien und Ansätze zur Partizipation in den zukünftigen Handlungskatalog mit aufgenommen und zur weiteren Diskussion gestellt werden.

Franco Clemens

Der Verein „Heimatlos in Köln e.V.“, hat zu Ostern ein Frühstück für die Kölner Obdachlosen auf die Beine gestellt. Melissa Linda Rennings, „die Kölsche Linda“, gründete den Verein. Am eigenen Leib hat sie erfahren, welchen Gefahren gerade obdachlose Frauen ausgesetzt sind. Mittlerweile hat sie den Sprung aus der Obdachlosigkeit geschafft. Vergessen hat sie die Zeit aber nie. Viele ehrenamtliche Helfer, darunter der Recht-auf-Stadt-Aktivist Kalle Gerigk und der Straßenmusiker Franco Clemens, halfen bei der schönen Veranstaltung mit.

Berthold Bronisz

Besuch bei Vision e. V.

Akzeptierende Drogenarbeit statt Vertreibung

Im März besuchte der Arbeitskreis Gesundheit und Inklusion zusammen mit Mitgliedern des Arbeitskreis Soziales und Integration das Drogenselbsthilfeprojekt Vision e. V. in Kalk. Anders als andere Drogenhilfeträger arbeitet Vision – ehemals Junkiebund – mit einer akzeptierenden Grundhaltung, die in Abstinenz nicht das wichtigste Ziel sieht.

Thema der Beratungen war u.a. die Vertreibungspolitik der Kölner Polizei, die zu mehr Spritzenmüll auf öffentlichen Plätzen führt. Denn die Drogengebraucher*innen entsorgen diese möglich schnell, aus Angst, die Polizei könnte sie bei ihnen finden.

Uschi Röhrig,
Beate Hane-Knoll

Milieuschutzsatzungen – ein wichtiges Instrument der Wohnungspolitik

Köln ist eine wachsende Stadt. 2016 lebten 12.000 Menschen mehr in Köln als ein Jahr zuvor. Einher mit dem Bevölkerungswachstum geht auch eine verstärkte Nachfrage nach Wohnraum. Doch der Wohnungsbau hält nicht Schritt.

Die Wohnraumversorgungsquote ist in fast allen Stadtbezirken fallend und weit vom Zielwert 103 Wohnungen je 100 Haushalte entfernt. Umzüge sind folglich nicht mehr ohne weiteres möglich. Zudem wird nicht nur zu wenig sondern auch falsch gebaut. Viel zu wenige Mietwohnungen entstehen und der Rückgang an mietpreisgebunden Wohnungen schreitet auch weiterhin rapide voran. Gerade im unteren Preissegment führt dieser Nachfrageüberhang zu beständig steigenden Mieten.

Als Antwort auf die riesige Herausforderung, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, hat die Verwaltung das Stadtentwicklungskonzept Wohnen entwickelt. Zu der Vielzahl der dort genannten Instrumente und Maßnahmen gehört auch die Soziale Erhaltungssatzung.

Das Baugesetzbuch gibt den Gemeinden die Moglichkeit, durch Satzungsbeschluss Gebiete zu bezeichnen, in denen die Zusammensetzung der Wohnbevolkerung erhalten werden soll. Dadurch können Luxussanierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Zudem steht den Gemeinden innerhalb des Gebietes ein allgemeines Vorkaufsrecht beim Kauf von Grundstucken zu. Im Kölner Fall wäre dies ein wichtiger Fortschritt, da die Stadt bisher auf die Ausübung ihres Vorkaufsrechts vollständig verzichtet.

Ziel ist es, mit Sozialen Erhaltungssatzungen der drohenden forcierten Verdrangung einkommensschwacher Mieter*innenhaushalte aus ihren angestammten Wohnquartieren in der Innenstadt und innenstadtnahen Wohnlagen entgegenzuwirken. In den ausgewahlten Stadtteilen können Aufwertungsprozesse verlangsamt und sozial vertraglicher gestaltet werden.

In Berlin, Frankfurt, Hamburg und München wird das Instrument bereits in vielen Quartieren angewandt. In Köln besteht lediglich für die Stegerwaldsiedlung seit 1996 eine Milieuschutzsatzung. Alle Städte stehen vor dem Problem, wie Verdrängungsprozesse belastbar nachzuweisen sind. Die Kriterienkatalogen ähneln sich dabei sehr stark, unterscheiden sich aber in Nuancen. Auch der Kölner Katalog ist daran angelehnt.

Doch obwohl Teile der Verwaltung dem Instrument aufgeschlossen gegenüber

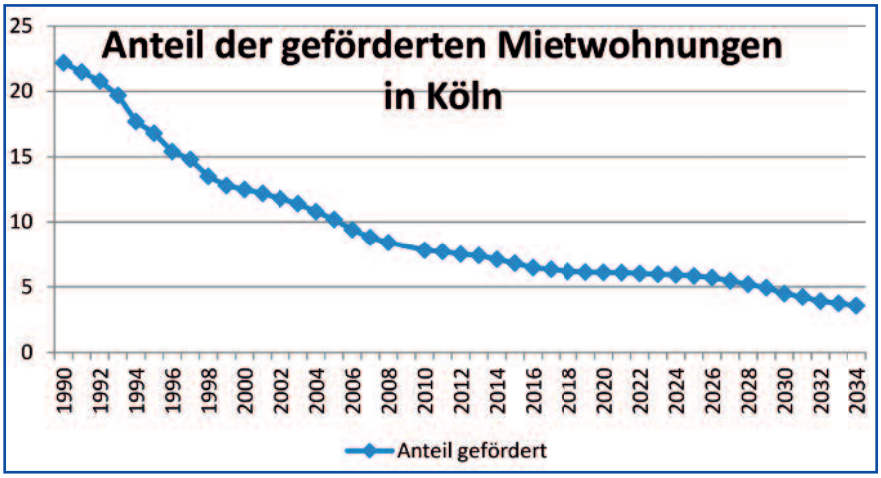
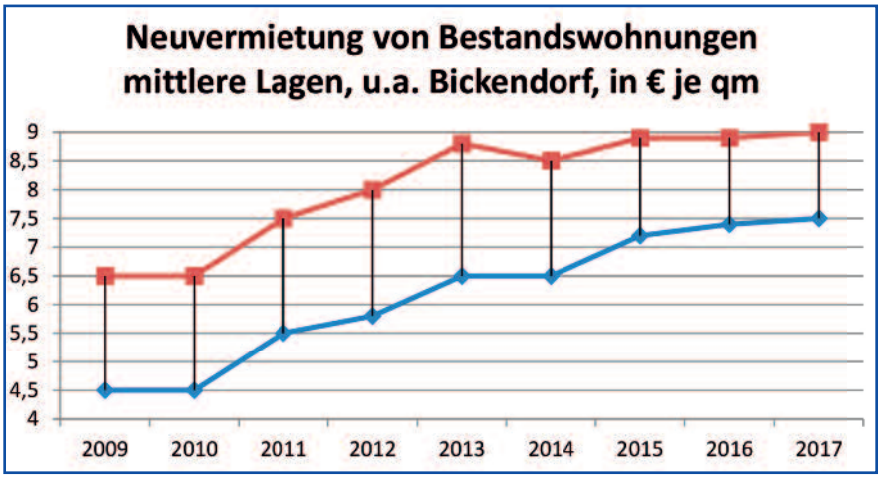


DIAGRAMM GEFÖRDERTE WOHNUNGEN
Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hg.): Kölner Statistische Nachrichten. Preiswerter Wohnraum in Köln, Heft 6, Köln 2009, S. 11, 23. Eigene Darstellung.



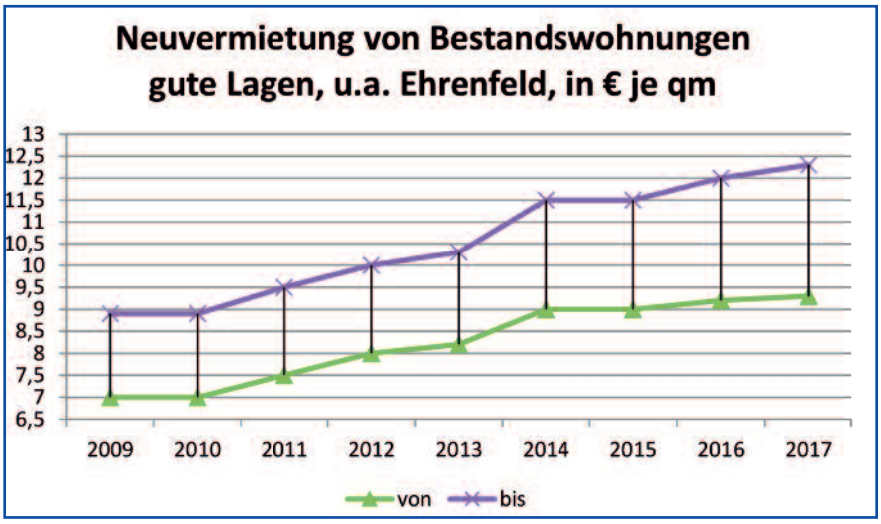


DIAGRAMM MIETPREISENTWICKLUNG
Quelle: Kölner Immobilienbörse (Hg.): Marktberichte, verschiedene Jahrgänge. Eigene Darstellung. Kölner Immobilienbörse, Marktberichte 2010-2017. Wohnungsmiete für eine 100 Quadratmeter große Wohnung, Mietpreis
(Netto-Kaltmiete) pro Quadratmeter Wohnfläche in Euro; neu abgeschlossene Verträge; Stand: Januar 2017.

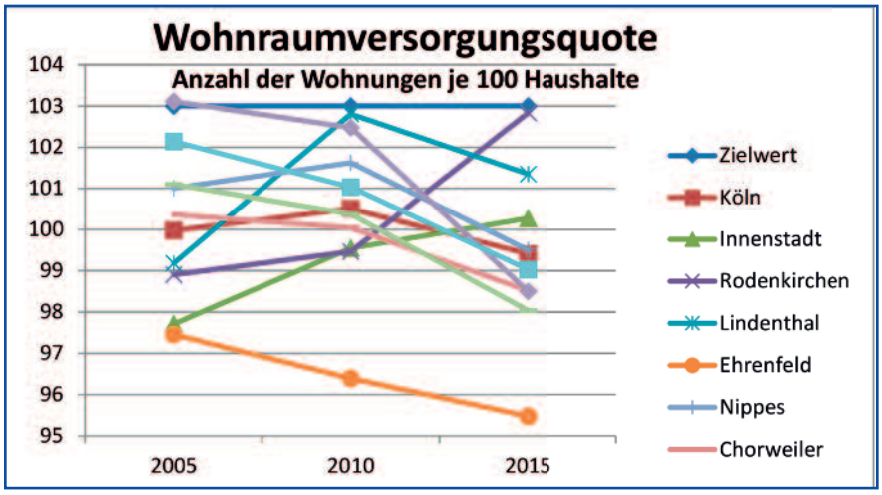


DIAGRAMM WOHNRAUMVERSORGUNGSQUOTE
Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hg.): Kölner Stadtteilinformation, verschiedene Jahrgänge. Eigene Berechnung.

Veränderung der Anteile zwischen 2005 und 2015						
	Stadtbezirk	SGB II	Kindern in SGB II	Alleinerziehende	über 65	Migrationshintergrund
01	Innenstadt	-3,46	-7,44	-7,83	-0,07	3,28
02	Rodenkirchen	-1,44	-2,33	-2,15	1,31	5,03
03	Lindenthal	-1,37	-3,65	-5,44	0,75	4,29
04	Ehrenfeld	-3,40	-4,61	-1,19	-0,08	4,48
05	Nippes	-2,14	-3,71	-3,75	-0,24	6,26
06	Chorweiler	0,64	4,15	3,03	2,77	6,24
07	Porz	1,95	3,39	1,22	2,19	8,52
08	Kalk	0,82	3,06	0,44	-1,09	9,60
09	Mülheim	0,15	2,07	0,19	-0,31	8,02
	Stadt Köln	-0,80	-0,72	-1,62	0,50	6,20

TABELLE SOZIALDATEN
Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hg.): Kölner Stadtteilinformation, verschiedene Jahrgänge. Eigene Berechnung.

stehen, herrscht Unsicherheit, welche Indikatoren die Notwendigkeit für eine Erhaltungssatzung dokumentieren. Dabei sind bereits jetzt deutliche Auffälligkeiten für Verdrängungsprozesse zu verzeichnen. Einkommensschwache Haushalte werden verdrängt - häufig an den Stadtrand.

Immerhin bekommen Mülheim und das Severinsviertel jetzt eine Erhaltungssatzung, die Verdrängungsprozesse verlangsamt. Doch das ist bei Weitem nicht genug. Die Debatte um Mülheim hat gezeigt, dass weniger die Einsicht in die tatsächliche Notwendigkeit als vielmehr der politische Wille die entscheidende Rolle spielt.

Das zeigt sich auch daran, dass bei der Vorstellung der Verfahrensweise im Jahr 2015 weitere Gebiete mit Auffälligkeiten identifiziert wurden. Neben einer Reihe an innerstädtischen Quartieren gehörte auch Ehrenfeld dazu. Die Stadtverwaltung geht mittlerweile davon aus, dass ehemalige Sanierungsgebiete besonders von Verdrängungs- und Aufwertungsprozessen betroffen sein können. Schon deshalb ist es sinnvoll, dass Bezirksvertretungen regelmäßig über Verdrängungsprozesse informiert werden. Zusätzlich sollte beständig überprüft werden, ob auch Alleinerziehende und Menschen über 65 Jahre verdrängt werden. Zudem sollten die Ergebnisse der Umfrage „Leben in Köln“ herangezogen werden, um Verdrängungsprozesse zu identifizieren. Die Umfragedaten liegen vor und können somit zeit- und kostensparend herangezogen werden.

Nicht alle Probleme auf dem Wohnungsmarkt können durch eine Soziale Erhaltungssatzung gelöst werden. Nur ein Mix der Instrumente kann die Wohnraumknappheit bekämpfen. Bestehende Werkzeuge wie die Wohnraumschutzsatzung sowie eine sozialgerechte Bodennutzung in Form eines Kooperativen Baulandmodells, das seinen Namen auch verdient und endlich messbare Ergebnisse liefert, müssen konsequent angewandt werden. Zusätzlich bedarf es der Anwendung der Umwandlungsverordnung, die eine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen eindämmen hilft. Zentrales Element muss aber eine aktive, sozial gerechte Liegenschaftspolitik sein. Dazu gehört ein allgemeines kommunales Vorkaufsrecht bei Grundstücksgeschäften, eine aktive Liegenschaftspolitik, die auf Verkäufe zugunsten einer Vergabe in Erbbaurecht verzichtet und somit die Steuerungselemente in den Händen behält, sowie eine Vergabe städtischer Grundstücke nach Konzeptqualität und zur Deckung des Wohnungsbedarfs verschiedener Zielgruppen. In diesem Gesamtzusammenhang können Soziale Erhaltungssatzungen wichtige Bausteine sein, um Verdrängungsprozesse zu reduzieren.

Baudezernent Höing sprach vor kurzem in einem Interview davon, dass Köln in den letzten 15 Jahren die Wohnungspolitik verschnarcht habe. Das ist sicher richtig. Doch mit dieser Feststellung ist es nicht getan. Wenn die Wohnungsnot effektiv bekämpft werden soll, braucht es eine Kombination aus den verschiedenen Instrumenten, die im StEK Wohnen benannt sind. Dazu gehört auch, dass „Instrument Erhaltungssatzung vermehrt zu nutzen“. Deshalb muss jetzt schleunigst die Behandlung der privaten Wohnungswirtschaft mit Samthandschuhen aufgegeben werden. Das selbst ernannte Gestaltungsbündnis muss jetzt auch die entsprechenden Finanzmittel und Personalstellen im Haushalt bereitstellen. Das Aufwachen nach dem Verschlafen ist häufig ein Schock und die Zeit ist knapp. Das gilt umso mehr für die Kölner Wohnungspolitik.

Christoph Besser

Alle für Kalle - Video-Clip

Kölner Wissenschaftler Dr. Garip muss ausreisen dürfen

Auf Initiative der LINKEN wird der Rat im Mai mit breiter Mehrheit eine Resolution zum Kölner Soziologen und Politikwissenschaftler Dr. Sharo Garip beschließen. Die Resolution unterstützen neben der LINKEN auch SPD, CDU, Grüne, FDP, Piraten und die Ratsgruppe GUT.

Der deutsche Staatsbürger Garip darf seit über einem Jahr die Türkei nicht verlassen. Ihm wird zum Vorwurf gemacht, dass er die Petition „Akademiker für den Frieden“ unterzeichnet hatte, ein Appell, die Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und den Kurden wieder aufzunehmen. Die Unterzeichnung dieses Appells ist der einzige Vorwurf, der Dr. Garip gemacht wird.

In der Resolution heißt es:
„Die fortgesetzte Verletzung der Menschenwürde von Herrn Dr. Garip durch den türkischen Staat aufgrund der Unterzeichnung des Friedensappells muss aufhören. Herrn Dr. Garip ist, ebenso wie den weiteren deutschen Staatsangehörigen, unverzüglich die Ausreise aus der Türkei zu gewähren. ...

Als Kommunalpolitiker einer Partnerstadt Istanbuls sehen wir es als unsere Aufgabe, nach Wegen der Verständigung und nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen. Das ist auch im Hinblick auf die große Gruppe der türkisch- bzw. türkisch-kurdischstämmigen Kölnerinnen und Kölner wichtig. Das Vorgehen der türkischen Regierung gegen gewählte Kommunalpolitiker, Journalisten, Wissenschaftler und Beamte verhindert einen offenen Dialog und ein Ende der Konfrontation zwischen den verschiedenen Gruppen der türkischen Gesellschaft. ...

Der Rat der Stadt Köln setzt sich für die schnellst mögliche Aufhebung der Ausreisesperre des Kölner Wissenschaftlers Dr. Sharo Ibrahim Garip sowie anderer in der Türkei festgehaltener deutscher Staatsangehöriger ein. ... Er erklärt sich solidarisch mit den Journalisten, Friedensaktivisten und all den Menschen in der Türkei, insbesondere in unserer Partnerstadt Istanbul, die sich für die Verteidigung der Demokratie und Menschenrechte einsetzen.“

Hamide Akbayir

DIE LINKE – Sozial auch nach der Wahl

Dieses Versprechen nimmt die Kölner LINKE ernst. Und zeigt dies gleich am Samstag nach der Landtagswahl:
Am Samstag, den 20. Mai, 10.30 Uhr bis 15.00 laden die LINKE Erwerbslosenorganisation LEO und der Kölner Bundestagsabgeordnete Matthias W. Birkwald zur Konferenz

Armut im Rheinland – Jetzt reden wir!

in die Lutherkirche, Martin-Luther-Platz in der Kölner Südstadt herzlich ein.

Armut im Rheinland

Jede*r fünfte Kölner*in lebt in Armut, und jedes vierte Kind in Köln lebt von Hartz IV. Doch kaum jemand redet in Köln über den gesellschaftlichen Skandal massenhafter Armut in einer reichen Stadt.

Vor genau einem Jahr, am 20. Mai 2016, hatte die Bundestagsfraktion DIE LINKE zur Konferenz ‚Armut im Rheinland‘ in die Lutherkirche geladen: Gut 350 Menschen stimmten mit Expert*innen aus dem Bundestag, den Sozialverbänden, Gewerkschaften und Kirchen darin überein, dass eine andere Politik nötig ist: Durch Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums muss die massenhafte Armut überwunden werden. Doch zu Wort kamen überwiegend die Expert*innen.
Zum Jahrestag dieser Konferenz wird am 20. Mai 2017 diese Rollenverteilung umgekehrt: Als Expert*innen in eigener Sache kommen persönlich von Armut betroffene Menschen zu Wort, und die Expert*innen aus Politik und Kirche hören ihnen als Gastgeber zu.

Jetzt reden wir!

Im ersten Teil der Veranstaltung werden deshalb von Armut betroffene Menschen über ihre Lebenssituation als Langzeiterwerbslose, Obdachlose, von Altersarmut Betroffene berichten.

In der anschließenden Diskussion wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass von Armut betroffene Menschen sich zukünftig gemeinsam, eigenständig und selbstbewusst in Politik und Stadtgesellschaft einmischen. Gemeinsam wollen wir die Resignation überwinden, die in den vergangenen 20 Jahren gewachsen ist, weil die Politik die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer gemacht hat.

Mit dem Entwurf einer Abschlusserklärung (http://www.leo-koeln.org/erklaerung/) stellen wir eine Grundlage für gemeinsames, parteiunabhängiges Handeln zur Verwirklichung der sozialen Menschenrechte zur Diskussion

Mit Beiträgen u.a. von Aktiven der Linken Erwerbslosenorganisation LEO, Melissa Linda Rennings (H.i.K.-heimatlos in Köln e.V.).

Begrüßung und Begleitung: Matthias W. Birkwald MdB, Pfarrer Hans Mörtter (Lutherkirche), Pfarrer Franz Meurer, Michaela Hofmann (Caritas-Diözesanverband)

Proteste gegen den AfD-Parteitag: Ein Erfolg, der ausbaufähig ist

Die vielfältigen Proteste gegen den Parteitag der völkisch-rassistischen AfD im Kölner Maritim-Hotel waren ein großer Erfolg für die Kölner Antifaschist(inn)en und eine Schlappe für die rechten „Wutbürger“, deren Wählerzuspruch, traut man den Umfrageergebnissen, zu schwinden scheint. Als Provokation gegen das multinationale, „schwule“ (so die obligatorische Beschimpfung aus rechten Mündern) und mehrheitlich deutlich gegen Rechts stehende Köln gedacht, wurde der AfD-Parteitag, der wahlpolitische Erfolge bei Landtags- und Bundestagswahlen einläuten sollte, zum Debakel für seine Veranstalter. Geschätzt deutlich mehr als dreißigtausend Menschen waren auf den Beinen, um gutgelaunt und friedlich, aber politisch deutlich klar zu machen, dass sie für all das stehen, was die Rechten hasserfüllt ablehnen.

Der Erfolg der Bewegung gegen Rechts liegt nicht nur in der Zahl der Demonstrant(inn)en. Vielleicht noch wichtiger, sind andere, längerfristig wirkende Tatsachen: Die Maritim-Gruppe, bisher ein beliebter Partner der AfD, wenn es um Veranstaltungsräume ging, hat angekündigt, zukünftig die Rechtspartei nicht mehr zu beherbergen. Die Teilnehner(innen) an den Aktionen waren nicht nur die üblichen Verdächtigen, die ohnehin bereit sind, gegen Rassismus auf die Straße zu gehen – vertreten und gut sichtbar waren Teilnehmer(innen) aus den verschiedenen Religionsgemeinschaften, Gewerkschafter(innen) auch aus Gewerkschaften, die sonst häufig abseits stehen und natürlich der organisierte Karneval – auch wenn dessen Aktion örtlich aus dem Rahmen fiel und ganz anders war, als traditionelle Aktionen gegen Rechts. Die klare Parteinahme des Festkomittees war ein Novum, das nicht unterschätzt werden sollte.

Alles in allem können wir feststellen, dass es den Kölner Antifaschist(inn)en wieder einmal gelungen ist, die Stimmung der Mehrheit der Kölner(innen) hinter sich zu bringen. Ob „Kein Kölsch für Nazis“, Blockade oder Demonstration – Köln hat gezeigt, dass es sich nicht widerstandslos von Rechts vereinnahmen lässt. Möglicherweise ein gutes Symbol dafür ist das fast völlige Fehlen rechter Wahlplakate im Stadtgebiet. Und noch ein nicht zu unterschätzender Erfolg: Die Versuche von Polizeiführung und willfährigen Medien, die Demonstrant(inn)en in gute, bunte, friedliche „Bürgerliche“ und marodierende, schwarzgewandete Chaoten (bei denen es sich natürlich um Auswärtige handelt) zu spalten, sind nicht aufgegangen. Das Verwaltungsgericht, das erst am Dienstag nach Ostern die Polizeiführung zwang, den Heumarkt für die Kundgebungen beider Bündnisse freizugeben, bewies mehr Verstand als manche Beteiligte und legte den Grundstein für eine bunte Mischung der Demonstrant(inn)en. Da fanden sich Menschen unversehens im „schwarzen Block“ wieder, ohne zu wissen, wie sie dort hineingekommen waren und fühlten sich durchaus wohl dabei.

Voraussetzung für diesen Riesenerfolg waren monatelange Aktivitäten vieler verschiedener Menschen in beiden Bündnissen, denen dafür nicht genug zu danken ist. Aber es gab auch Erscheinungen, die diesen Erfolg erschwert, ja vielleicht sogar verkleinert haben: Obwohl die Panikmache von Polizeiführung und Medien letztendlich nicht von Erfolg gekrönt war, hätten sich ohne die Tatarenmeldungen wahrscheinlich noch mehr Menschen an den Aktionen beteiligt. Auch SPD-Chef Jochen Ott blies öffentlichkeitswirksam und wahrscheinlich wahlkampfbedingt in das Horn von anreisenden militanten Gewalttätern (von denen übrigens am 22. April nichts zu sehen war). Er befindet sich allerdings im Irrtum, sollte er glauben, mit solcher Stimmungsmache Stimmen gewinnen zu können – die erhält normalerweise das rechte Original und nicht die schlechte sozialdemokratische Kopie.

Auch Rechthaberei und Arroganz, die in beiden Bündnissen vorkamen, trugen nicht dazu bei, eine Stimmung des „Gemeinsam gegen Rechts“ entstehen zu lassen. Weder der ominöse „schwarze Block“ noch SPD oder Grüne sind die Gegner einer breiten und vielgestaltigen Bewegung gegen Rassismus und völkischen Nationalismus.

Deutlich zu wünschen übrig ließ die Beteiligung von Menschen migrantischer Herkunft an den Aktionen. Damit sind natürlich nicht die, die dabei waren, gemeint, sondern die vielen Zehntausende, die (noch) fehlten. Es ist noch nicht ausreichend gelungen, diese Menschen davon zu überzeugen, dass es direkt auch um ihre Interessen und ihre Zukunft geht. Dieses Problem sowie die angesprochenen Probleme und Hindernisse für gemeinsames oder doch eng koordiniertes Handeln, sollten in und zwischen den Bündnissen nach der Landtagswahl am 14. Mai kritisch und selbstkritisch besprochen werden. In den zwei Wochen bis dahin gilt es, beispielsweise in den Reihen von „Kein Veedel für Rassismus“, die Bäume der AfD und der anderen Rechtsparteien nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Dazu ist jede Stimme und jede Hand nötig.

Peter Trinogga
Vorsitzender der Kölner VVN-BdA

TERMINE

Mi., 17. Mai

Tribunal »NSU-Komplex auflösen« - Die Eröffnung.
Der NSU-Komplex ist auch mehr als fünf Jahre nach Auffliegen der Terrorgruppe nicht aufgeklärt. Initiativen, die mit den Betroffenen der Mord- und Anschlagsserie solidarisch verbunden sind, entwickelten daher die Idee eines Tribunals. Zum Auftakt der fünftägigen Veranstaltung werfen sie gemeinsam mit Zeitzeugen einen Blick auf die Geschichte des Rassismus und feiern mit einer vielstimmigen Eröffnungsrede die Gesellschaft der Vielen. *Schauspiel Köln im Depot, 20 Uhr*

Rachel Kushners „Flammenwerfer“ wurde als Neuerfindung der politischen Literatur gefeiert. In Interviews tut sie ihre Sympathien für die Occupy-Bewegung kund und sieht im Manifest »Der kommende Aufstand« die einzig relevante Literatur der Gegenwart. Heute stellt sie ihren gerade übersetzten Erstling »Telex aus Kuba« vor, in dem Che Guevara, Raúl und Fidel Castro die kubanische Revolution als literarische Figuren noch einmal durchleben. *Literaturhaus, 19:30 Uhr*

Baugruppe gesucht. In Köln werden gerade mehrere Industriebrachen zum Wohnquartier - unter anderem in Ehrenfeld. Die stadteigene Gesellschaft »Moderne Stadt« bebaut demnächst das Gelände an der Christianstraße/ Ecke Leyendeckerstraße und will das letzte noch unbeplante Grundstück an eine private Baugruppe vergeben. Noch bis Mitte Juli kann man sich bewerben; heute Abend wird das Projekt vorgestellt und man kann Fragen zum Verfahren stellen. *18 Uhr, Haus der Architektur*

Do., 18. Mai

Die Stadt überträgt wie gewohnt per Live-Streaming aus dem Ratssaal, stellt die Inhalte aber - auch wie gewohnt - nicht in einem Archiv parat. *Ratssaal, 15.30 Uhr*

Hans Schefczyk: Der Verfassungsschutz jagt eine militante Zelle, die vor langer Zeit wohl für einige Anschläge verantwortlich war, deren Aktionen mittlerweile aber in erster Linie der Unterhaltsbeschaffung ihrer Mitglieder dienen. Hans Schefczyk, Ex-Redakteur der Stadtrevue, beschreibt die Spirale, mit der sich Sicherheitsbehörden und Ex-Terroristen gegenseitig bestärken, und zeichnet dabei ein detailgenaues Bild der Alternativszene im Köln der 1980er Jahre. *King Georg, 21 Uhr*

Olga Grjasnowa. Olga Grjasnowas Thema ist die politische Wirklichkeit gesellschaftlicher Grenzgänger. Durch die Greäuel des Syrien-Kriegs zum Aufbruch aus ihrem Heimatland gezwungen, stranden die drei Protagonisten ihres Romans »Gott ist nicht schüchtern« in Berlin, heimat- und mittelos, reduziert auf ihre Identität als Flüchtlinge. Grjasnowa fragt nach dem Umgang mit Geflüchteten, nach Zuschreibung von Vorurteilen und Ausgrenzung von Individuen. *Stadtgarten, 20.30 Uhr*

Neue Standards. Zehn Thesen zum Wohnen. Zehn Architekt*innen fordern einen Perspektivwechsel, Eröffnung der Ausstellung, bis 16.6. Ort: *AIT Architektursalon, Vogelsanger Str. 70, 19.30 Uhr.*

Fr., 19. Mai

Vom 19. bis 25. Mai 2017 findet das 7. Streithähne-Festival für politisches Kabarett statt.
http://koeln-bonn.dgb.de/++co++a27998e0-df11-11e6-9326-525400e5a74a/@@dossier.html

Sa., 20. Mai

Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ - Klage und Anklage.
Die Angehörigen der Mordopfer und die Betroffenen der Anschläge fordern umfassende Aufklärung und die Benennung aller Verantwortlichen. Die heute verlesene Anklage ist diesen Forderungen verpflichtet, Akteure des NSU Komplex samt institutioneller Einbettung werden darin genannt. Sie speist sich aus journalistischen Berichten, Medienanalysen, Antifa-Recherchen, Ermittlungen der Nebenklage im NSU-Prozess und der Untersuchungsausschüsse und nicht zuletzt: aus dem Wissen der Betroffenen. *Depot, 14 Uhr*

Bürger oder Berber? Rund um den Kölner Dom haben Touristen meist nur Augen für die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Doch auch viele Obdachlose schlagen hier ihr Quartier auf. Was sie mit Orten wie dem Römisch-Germanischen Museum oder dem

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Donnerstag, 1. Juni, 18:00 Uhr, Hörsaal S 122, Humanwiss. Fakultät der Universität zu Köln, Gronewaldstr.
Christoph Butterwegge im Gespräch mit Stephan Hebel über sein neues Buch „Mutter Blamage und die Brandstifter“.

Der Kölner Armutsforscher Butterwegge und der Frankfurter Publizist Hebel ziehen Bilanz der bisherigen Kanzlerschaft von Angela Merkel. Die CDU-Vorsitzende, so Hebels These, habe entgegen ihrem Image der „Kanzlerin für alle“ eine Politik der fortgesetzten Ungerechtigkeit betrieben und jede wirksame Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums verweigert. Damit habe sie nicht nur längst überfällige Reformen blockiert, sondern auch den (vorübergehenden?) Aufstieg rechtsextremer Kräfte wie der AfD mit verschuldet.
Butterwegge und Hebel werden auch über die Frage diskutieren, ob alternative Konzepte und Machtoptionen im Wahljahr 2017 eine Chance haben.
Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät in Kooperation mit Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW

Am 17./18. Juni gibt es das Wochenendseminar
Marx auf dem Weg zum „Kapital“ von 1867
Wochenend-Leseseminar zur Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie
Mit Christian Frings, in der Jugendherberge im Landschaftspark Duisburg

Dienstag, 20. Juni
Die Angst der Linken vor der „Inneren Sicherheit“
Mit Ingar Solty, Friedensbildungswerk,
Obenmarspforten 7-11, 50667 Köln
Sicher – Terroranschläge wie in Berlin, Massenstraftaten wie in Köln werden genutzt, um Angst in der Bevölkerung zu schüren und von ihr getragen den Überwachungsstaat auszubauen. Also bleibt uns nur zu hoffen, dass dieser Sicherheitsdiskurs bald vorüber geht, und wir verweisen auf die Ursachen des Terrorismus in einer ungerechten Weltordnung und Krieg.
Das ist zu kurz gesprungen, meint Ingar Solty: Gerade die Schwächsten sind auf schützende (Staats-)Strukturen angewiesen. Die Befriedung des öffentlichen Lebens, die Abwesenheit von (strafloser) Gewalt ist hierfür eine Grundvoraussetzung. Aber wie kommen wir dahin? Mit mehr Polizei, mehr Telefon- und Videoüberwachung?
Mit Ingar Solty suchen wir nach wirksamen und demokratischen Antworten auf das Bedürfnis nach Sicherheit.
Ingar Solty ist Politologe und arbeitet als Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Appellhofplatz verbinden, erzählen die ehemals wohnungslose „Kölsche Linda“ und der Historiker Martin Stankowski bei dieser Stadtführung. Anmeldung unter tour@oase-koeln.de, Gebühr: 20 Euro. *Treffpunkt: Domforum, 11 Uhr*

Tag der Begegnung. Begegnung schafft Empathie und Verständnis. Den Beweis tritt der »Tag der Begegnung« im Kölner Rheinpark an, der Menschen mit und ohne Behinderung einander näher bringt. Als größtes Fest dieser Art in Europa bietet der »Tag der Begegnung« zahlreiche inklusive Mitmachangebote. Zudem präsentieren Künstler aus den Bereichen Theater, Tanz und Musik vielfältige inklusive Kunst. Den Schlusspunkt setzen Auftritte u.a. von Gentleman und Flo Mega auf der Tanzbrunnenbühne. Rheinpark, 10 bis 18 Uhr

Das „Fest ohne Grenzen“ ist ein Fest für Freunde des guten Essens. Die Besucher des „Café ohne Grenzen“ laden ein zu einer kulinarischen Weltreise (gegen Spende). Das begleitende Rahmenprogramm besteht aus musikalischen Beiträgen und einem Kinderprogramm.
Die Veranstaltung „Fest ohne Grenzen“ im Allerweltshaus findet in Kooperation mit dem Interkulturellen Dienst Ehrenfeld statt.
Schirmherr des Festes ist Josef Wirges (Bürgermeister des Stadtbezirks Ehrenfeld).
Alle Einnahmen kommen der Geflüchteten-Sozialarbeit des Allerweltshauses (Cafe ohne Grenzen) zugute. *14 bis 20 Uhr, Allerweltshaus.*

So., 21. Mai

Massenerschießungen. Der Holocaust zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, Führung in der Ausstellung mit Sarah Keppel. *Ort: NS-Dokumentationszentrum im EL-DE Haus, 15 Uhr.*

Mo., 22. Mai

Geteilter Raum - mehr für alle? Ist „Shared Space“ ein Schritt zurück nach vorn zur Anarchie auf der Straße? Oder eine sinnhafte Lösung hin zu gleichberechtigtem Verkehr und städtischer Lebensqualität? Am Beispiel der Heliosstraße, in der die Bürgerinitiative Helios einen »Shared Space« einrichten möchte, diskutieren u.a. Verkehrsplaner Jörg Thiemann-Linden, der Kölner Behindertenbeauftragte Günter Bell und Anne Luise Müller, Leiterin des Stadtplanungsamts. Organisator ist die Mobilitätsgruppe von Agora Köln. *Eva e.V., Herbrandstraße 10, 19 Uhr*

Di., 23. Mai

Von der documenta zum Kunstmarkt. Seit ihrer Gründung gilt die documenta als eine der international bedeutendsten Großausstellungen. Seitdem wird auch ihre Beziehung zum Kunstmarkt reflektiert: als »das Andere« des Marktes, aber auch als Vorbild für Kunstmessen. **Die Kunsthistorikerin Barbara Hess beschäftigt sich in ihrem Vortrag** anhand der documenta-Geschichte mit den vielfältigen Verschränkungen zwischen dem Markt der Institutionen und dem Markt der Galerien. *Kino im Museum Ludwig, 19 Uhr*

Ost-West-U-Bahn. Bekommt Köln eine neue U-Bahn? Die überlasteten Stadtbahn-Linien 1, 7 und 9 könnten als eine zentrale Ost-West-Achse künftig zwischen Neumarkt und Heumarkt unter der Erde verschwinden. Die Kölner Politik diskutiert, ob und in welchem Ausmaß das machbar ist. Denn ein Bauvorhaben wäre nicht nur teuer, sondern würde auch die Kölner Innenstadt bis auf Weiteres lahm legen. Als Beitrag zur aktuellen Debatte spricht der Architekt Prof. Ulrich Coersmeier zum Thema. *19 Uhr, Haus der Architektur*

Mi., 24. Mai

Enoh Meyomesse. Drei Jahre hat Enoh Meyomesse in seiner Heimat Kamerun im Gefängnis gesessen. Sein Verbrechen: Er war als Gegenkandidat zum seit 35 Jahren herrschenden Präsidenten Paul Biya angetreten. Die Gefängniszeit verarbeitete er in dem Lyrikband »Gedichte des Häftlings in Kondengui«. Heute wird Enoh Meyomesse erstmals Exzerpte aus seinem neuen, noch unveröffentlichten Roman »Anschluss Kamerun« vorstellen. Allerweltshaus, *19.30 Uhr, Allerweltshaus*

Mi., 31. Mai

Welovearchitecture. Neues Wohnen u. Arbeiten in der „Nachbarschaft Samtweberei“, Start einer Projektreihe mit Henry Beierlorzer (Geschäftsführer »Nachbarschaft Samtweberei«). *Ort: AIT Architektursalon, Vogelsanger Str. 70, 19.30 Uhr.*

TERMINE DER FRAKTION

AK Umwelt
Do, 18.5., 16.45 Uhr

AK Soziales und Integration
Di, 23. Mai, 17 Uhr

AK Frauen
Di, 30. Mai, 17 Uhr

AK Umwelt
Do, 1. Juni, 16:45 Uhr

AK Stadtentwicklung
Do, 1. Juni, 18:30 Uhr

AK Jugend und Schule
Do, 8. Juni, 20 Uhr

AK Kunst, Kultur, Medien
Mo, 12. Juni, 18:00

AK Sport
Mi, 14. Juni, 16:30 Uhr

AK Soziales und Integration
Di, 20. Juni, 17 Uhr

AK Gesundheit und Inklusion
Mi, 28. Juni, 17:00 Uhr

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 4.6.2017

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

. . . . . .
Name, Vorname

. . . . . .
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Frische Luft für Mülheim

Seit Jahren übersteigen die Grenzwerte für Stickstoffdioxid in Mülheim die Grenzwerte um 50 % und mehr. Seit zwei Jahren fordert ein breites Bündnis unter Beteiligung der LINKEN Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffe.

Unter dem Motto „Frische Luft für Mülheim“ rief das Bündnis zu einer Kundgebung und einem Straßenfest auf dem Clevischen Ring auf. Etwa 400 Menschen nahmen teil und verwandelten die Straße für vier Stunden in einen kleinen Park mit politischen Diskussionen, Musik, Boulespiel und Kaffee und Kuchen. Die Mülheimer Landtagskandidatin Uschi Röhrig, für DIE LINKE im Kölner Gesundheitsausschuss, sprach über die gesundheitlichen Folgen der Stickoxidbelastung.

Stickoxide reizen Schleimhäute und verengen die Bronchien. Sie führen zu Atembeschwerden und zu Herz- und Kreislauferkrankungen. Besonders betroffen sind Menschen mit Asthma und Allergien.

Der Grenzwert für Stickstoffdioxid liegt bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Dabei wird der Durchschnitt eines Jahres zu Grunde gelegt. Am Clevischen Ring in Mülheim wurden in 2016 63 Mikrogramm gemessen. Die Messungen in den Vorjahren lagen ebenfalls über 60 Mikrogramm.

Das Problem ist lange bekannt, aber erst erfolgreiche Klagen der Deutschen Umwelthilfe wegen der Überschreitung der Grenzwerte gegen München und Düsseldorf haben Politik und Stadtverwaltungen in Bewegung gebracht. Verfahren gegen Köln und eine Reihe weiterer Städte laufen noch.

Wenn die Politik nicht entschieden gegen die Stickoxidbelastung vorgeht, kann es sein, dass Gerichte Fahrverbote erlassen. Dennoch verweigert auf Bundesebene die große Koalition die Einführung einer Blauen Plakette, mit der besonders schmutzige Fahrzeuge aus Umweltzonen ausgesperrt werden könnten.

Auch in Köln kam es aber zum Kniefall vor der Autolobby. Umweltdezernent Rau hatte dem Rat 25 denkbare Maßnahmen zur Luftreinhaltung vorgelegt, die intensiver zu prüfen wären. Ein Bündnis aus Grünen, CDU und der Wählergruppe Gut erklärte per Ratsbeschluss, dass die Stadt Köln nicht zuständig sei für (auch temporäre) Fahrverbote und behauptete vor jeder Prüfung, dass eine City-Maut ungeeignet sei.

Dies wurde auch auf der Kundgebung auf dem Clevischen Ring zum Thema: An einer Podiumsdiskussion von Kölner Landtagskandidat*innen nahm für DIE LINKE Gunda Wienke, Mitglied im Kölner Verkehrsausschuss, teil. Sie ist Landtagskandidatin für den Kölner Süden.

Tenor auf dem Podium war: Bessere Luft ja, aber: Es darf nicht auf Kosten der Autofahrer gehen... Die Maßnahmen dürfen nicht die Wirtschaft berühren... usw.

Auf diesen Kuhhandel der Gesundheit der Anwohner*innen gegen wirtschaftliche Interessen mochte Gunda Wienke sich nicht einlassen. Ganz klar muss der Mensch im Vordergrund stehen. City-Maut und Fahrverbote sollten daher kein Tabu, sondern eine Optionen sein, die man wählen kann, um den Verkehr zu verringern.

Gunda Wienke,
Wilfried Kossen